



AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG
Präsidialabteilung II/EG-Referat

Zahl: 1313/66

A-6010 Innsbruck, am 28. April 1993
Landhaus
Fax: (0512) 508177
Tel: (0512) 508-152
DVR: 0059463
Sachbearbeiter: Dr. Brandmayr

An das
Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten

Schwarzenbergplatz 1
1015 Wien

Schrift GESETZENTWURF	
Zl.	20 -GE/19... 23
Datum: 14. JUNI 1993	
Verteilt 15. 6. 93 <i>Landhaus</i>	

Betreff: Entwurf einer Novelle zum
Fernwärmeförderungsgesetz;
Stellungnahme

Dr. Brandmayr

Zu Zahl 551.371/5-VIII/1/93 vom 16. März 1993

Zum übersandten Entwurf einer Novelle zum Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl.Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl.Nr. 341/1991, wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Zu Z. 2 (§ 3):

Die Förderung der Verbrennung von Abfällen und von Braunkohle im Rahmen eines Fernwärmeversorgungsunternehmens wird nur dann für sinnvoll angesehen, wenn dies in Anlagen erfolgt, die dem letzten Stand der Technik entsprechen. Die Gewährung einer Förderung sollte jedenfalls davon abhängig gemacht werden, daß solche Anlagen mit den modernsten Abluftreinigungsanlagen ausgestattet sind.

Im übrigen hat die Verbrennung von Braunkohle nur dann einen Sinn, wenn dies aus zwingenden volkswirtschaftlichen Überlegungen geboten ist. Förderungen dürften daher nur bei der Verfeuerung inländischer Braunkohle gewährt werden.

- 2 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der
Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

Riedl